



Warum Angst vor Klimaflüchtlingen uns beim Klimaschutz nicht hilft

Sprüche auf Transparenten bei großen Klimademonstrationen: „Jetzt handeln oder später schwimmen“, „Fidschi bald Futschi“, „Klimaflüchtlinge Willkommen“. Angst vor Klimaflüchtlingen zu schüren, hilft nicht beim Klimaschutz – heizt aber Ressentiments gegen Geflüchtete weiter auf.

Von Sarah Louise Nash

Auf Klimademonstrationen trifft man auf viele Menschen, die Angst vor einer Zukunft haben, in der unzählige Menschen von deren Zuhause vertrieben werden. Sie haben Angst, dass Menschenrechte dabei verletzt werden. Sie haben Angst, dass die Lebensgrundlagen von Menschen zerstört

werden, die am wenigsten zum Klimawandel beigetragen haben. Aus einer humanitären Motivation heraus betont man also gerne das Ausmaß des Problems (riesig!), die Schwere der Situation für die Betroffenen (hoffnungslos!), und die einzige Lösung (Klimaschutz jetzt!). Das Ziel ist, Bemühungen im Klimaschutz mithilfe der dramatischen Fluchtbilder anzukurbeln, und sie daher im Bewusstsein der Öffentlichkeit zu platzieren.

Problematisch ist jedoch, dass die möglichen Auswirkungen dieser Argumente in dem heiklen Bereich Flucht- beziehungsweise Migrationspolitik nicht immer überdacht werden.

Stellt man die Meinungen und Interessen von Klimaschützer:innen und konservativen oder rechtspopulistischen Politiker:innen in einem so genannten Venn-Dia-

gramm dar, bei dem sich zwei Kreise überlappen, so ist die Schnittmenge dieser zwei Kreise zugegebenermaßen klein. Hier bietet die Fluchtthematik eine verlockende Möglichkeit, die Agenden zu vereinen und die Konservativen ins Klimaschutzboot zu holen. Leider funktioniert diese Taktik nur mäßig bis gar nicht. Denn eine geteilte Problemfeststellung allein heißt noch nicht, dass eine gemeinsame Vorgehensweise oder Lösungsansätze daraus entwickelt werden können.

Während Klimaschützer:innen die Klimawandel- und Fluchtproblematik als eine immer näher rückende humanitäre Katastrophe wahrnehmen, sehen Migrationsgegner:innen darin ein Problem der nationalen Sicherheit. Um das drohende Szenario zu verhindern, greifen diese Kräfte nicht zu Klimaschutzmaßnahmen, sondern investieren in Migrationsabwehr, Grenzschutz und eine Verschiebung der Verantwortung für Geflüchtete auf andere Länder. Die Konsequenz ist also nicht nur kein Fortschritt im Klimaschutz, sondern auch eine mögliche Verschlechterung der ohnehin auf Messers Schneide stehenden Flucht- und Migrationspolitik.

Vereinfachung von Lebensrealitäten

Die Instrumentalisierung von Flucht im Kontext des Klimawandels als Motivation für den Klimaschutz benötigt eine Vereinfachung der Lebensrealitäten von Menschen, die Klimafolgen ausgesetzt werden. Viele frühe Studien zu Klimawandel und Flucht beziehungsweise Migration haben alle vom Klimawandel stark betroffenen Regionen als prognostizierte Auswanderungsländer eingestuft. Das heißt, wenn ein Land oder eine Region viele Klimafolgen erleben wird, ging man davon aus, die gesamte Bevölkerung würde fliehen müssen. Hier sind aber viele andere Faktoren



in Vergessenheit geraten: Macht es einen Unterschied auf welche Klimafolgen die Menschen treffen? Welche Ressourcen haben die betroffenen Regionen zur Verfügung? Auf welche Bewältigungsstrategien können die Menschen zurückgreifen? Wie schaut es aus mit dem gesellschaftlichen Zusammenhalt? Hat die Heimat einen besonderen kulturellen oder spirituellen Wert für die Betroffenen?

Alle Klimafolgen sind nicht gleich

Während Warnungen von der unumgänglichen humanitären Katastrophe meistens auf ein Bild von verschwindenden oder sinkenden Inselstaaten aufbauen, ist der Meeresspiegelanstieg längst nicht die einzige Klimafolge, welche die Lebensrealitäten von Menschen nachhaltig verändert. Klimawandel bringt auch Überschwemmungen, Dürren, Hitzewellen und einen Anstieg in sowohl der Frequenz als auch der Stärke von Extremwetterereignissen wie Stürmen oder Hurrikans mit sich. Kann man die unterschiedlich betroffenen Menschen wirklich alle unter einen Hut bringen und, trotz der verschiedenen klimatischen

Klimawandel wird im „Globalen Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration“ als Migrationsgrund erwähnt.



Unterschiedliche Faktoren zusammen – politische, soziale, ökonomische und klimatische – und bringen Menschen dazu, ein neues Zuhause zu suchen.

Bedingungen, ein ähnliches Mobilitätsverhalten erwarten?

Ein Klima der (Im)Mobilität

So unterschiedlich die Klimafolgen sind, werden auch die Migrations- oder Fluchtbewegungen von Menschen sein. Ja, infolge eines schnell auftretenden Ereignisses, wie zum Beispiel eines Hurrikans oder in Situationen jenseits der Möglichkeiten der Klimaanpassung – wie für manche kleine Inseln zu befürchten ist – werden Menschen höchstwahrscheinlich fliehen müssen. Aber wenn der Regen nicht kommt oder eine Ernte ausfällt, flieht man dann gleich? Hier werden viele Menschen sich andere Strategien überlegen: Migration ist darunter nur eine Form der Anpassung an Klimafolgen, um Lebensmittelengpässe oder Einkommensverluste zu überbrücken. Wenn der Regen immer noch fernbleibt, nimmt Migration vielleicht eine regelmäßige, zirkuläre Form an, wo ein oder mehrere Familienmitglieder saisonal arbeiten, um die Familie im Heimatort noch erhalten zu können. Letztendlich werden manche

Menschen nicht nur temporär, sondern doch permanent migrieren, entweder, weil die bereits migrierten Familienmitglieder schon ein neues Leben außerhalb des ursprünglichen Heimatortes aufgebaut haben, oder aufgrund von immer heftigeren Klimafolgen, die ein Ausharren nicht mehr möglich machen.

Wohin Menschen fliehen oder welche Zielorte für Migration ausgesucht werden, wird auch variieren. Aber die Forschung zeigt, dass ein Großteil der Menschen nie eine internationale Grenze überqueren wird. Wenn wir uns an der Definition der Genfer Flüchtlingskonvention orientieren, gelten diese Menschen dann als Binnenvertriebene oder, im Fall von Migration, als Binnenmigrant:innen. Sollte es auf politischer Ebene gelingen, entsprechende Rahmenbedingungen zu verhandeln, wird es auch möglich sein, ganze Gemeinschaften – vom Dorf bis zur gesamten Bevölkerung eines Inselstaates – zu übersiedeln. Eine geplante Umsiedlung gilt für viele als die beste Chance, eine menschenrechtsfundierte Verlagerung des Wohnortes zu erreichen, allerdings nur mit reichlich Partizipation und Zustimmung der Betroffenen.

In den Diskussionen über Klimawandel und Flucht werden nicht nur die unterschiedlichen Mobilitätsformen häufig außer Acht gelassen. Auch darüber hinaus reichende Faktoren, die neben dem Klimawandel das Leben der Menschen beeinflussen, werden gerne verdrängt. In der Forschung spricht man hier von der Multikausalität. Die Idee dahinter ist ganz einfach – es gibt selten ein einziges Ereignis, das zu Migration führt. Viel mehr spielen unterschiedliche Faktoren zusammen – politische, soziale, ökonomische und klimatische – und bringen Menschen dazu, ein neues Zuhause zu suchen.

Die vergessene Gruppe

Am häufigsten übersehen werden jene Menschen, die den Heimatort nicht verlassen. Dieses Übersehen ist irgendwie verständlich. Schließlich kümmert man sich in Flucht- und Migrationsfragen meistens um Menschen, die in Bewegung sind. Allerdings werden viele Menschen Immobilitäts Erfahrungen sammeln, entweder, weil sie von ihrem Zuhause nicht weg wollen, oder, weil ihnen die Ressourcen dazu fehlen. Immerhin sind Flucht oder Migration oft ein teures Unterfangen, das sich nicht jede:r leisten kann, besonders wenn man bereits viele Ressourcen in Anpassungsstrategien investiert hat. Weiters ist Migration als Klimawandelbewältigungsstrategie kein Allheilmittel und ein neues Leben nach der Flucht aufzubauen, gelingt auch nicht jeder geflüchteten Person. Denn Geflüchtete oder Migrant:innen, die ohnehin als vulnerable Gruppen in der Gesellschaft gelten, werden sich dennoch häufig mit weiteren prekären klimatischen Bedingungen auseinandersetzen müssen.

Was macht die Politik?

Wie es vielleicht zu vermuten ist, werden die Antworten auf Flucht und Migration im

Kontext des Klimawandels genau so vielfältig sein, wie die Klimafolgen oder die Lebensrealitäten der betroffenen Menschen. Auf internationaler Ebene kommen Lösungsansätze aus vielen verschiedenen Richtungen. Flucht und Migration werden seit einem Jahrzehnt bei den internationalen Klimaverhandlungen der *Klimarah-*

Das Ziel ist, Bemühungen im Klimaschutz mithilfe der dramatischen Fluchtbilder anzukurbeln.

menkonvention der Vereinten Nationen (UNO) eifrig diskutiert. Klimawandel wird prominent als Migrationsgrund im „Globalen Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration“ erwähnt. Die Ziele für „Nachhaltige Entwicklung“ (SDGs) und das „Sendai Rahmenwerk für Katastrophenvorsorge“ beinhalten Paragraphen, die sich mit Klimawandel beziehungsweise Flucht oder Migration befassen. Die Plattform zu katastrophenbedingter Vertreibung setzt sich mit der internationalen Flucht im Kontext von Katastrophen und Klimawandel auseinander. Es gibt unzähli-



Trotz möglichst starker Klimaschutzbestrebungen wird es Klimafolgen geben, die unvorstellbare Auswirkungen für Menschen weltweit haben werden.



Flucht- oder Migrationswege enden nicht immer an Orten, die von Klimafolgen weniger betroffen sind.

ge regionale Ansätze, Gremien und Arbeitsgruppen, die das Thema aus unterschiedlichen Perspektiven betrachten und nach bewährten Ansätzen und Musterlösungen suchen oder Regierungen bei der Umsetzung unterstützen.

Das Traurige dabei ist, Flucht- beziehungsweise Migrationspolitik bleibt in den meisten Nationalstaaten im Globalen Norden ein sehr heikles Thema. Die Erfolge rechtspopulistischer Parteien veranlassen einen Rechtsruck und Einschränkungen auch in der politischen Mitte, die dadurch

teiligen, um dem Problem von irregulären Grenzübertritten entgegenzuwirken.

Ein Blick in eine Zukunft, in der wir leben wollen

Die Politik tut sich jetzt schon schwer, Schutz für Geflüchtete zu gewährleisten (oder gewährleisten zu wollen), und ist gehemmt, neue Instrumente zum Schutz von Schutzsuchenden einzuführen. Es gilt daher als unwahrscheinlich, dass die gleiche Politik offen und verantwortungsbewusst auf Prognosen für große zukünftige Gruppen von geflüchteten Personen und Migrant:innen reagieren wird. Kehren wir also zu den am Anfang des Textes erwähnten Drohbildern zurück. Vor dem Hintergrund der Komplexität und der Vielfalt der Lebensrealitäten scheinen diese Bilder ungenügend, um der Problematik gerecht zu werden. Außerdem erwecken sie kein neues Klimabewusstsein bei Rechtspopulist:innen. Diese Bilder sind somit aus sowohl normativen als auch praktischen Gründen in der Klimapolitik und beim Aktivismus fehl am Platz.

Stattdessen müssen wir uns fragen, wie wir mit Mobilität und Immobilität von Menschen in einer Welt mit immer stärker

Regionale Ansätze, Gremien und Arbeitsgruppen, betrachten das Thema aus unterschiedlichen Perspektiven.

keine Wählerschaft verlieren will. Es gibt aktuell zahlreiche Vorschläge, Asylprozesse an Drittstaaten außerhalb der Europäischen Union auszulagern, aber gleichzeitig eine Weigerung von EU-Staaten, sich an Resettlement-Programmen des *UN-Flüchtlingshochkommissariats* zu be-

auftretenden Klimafolgen umgehen wollen. Wie gehen wir an das Thema klimabedingter Flucht und Migration heran, ohne die genannten und bekannten Drohbilder zu erwecken? Wie zentrieren wir geflüchtete Personen und Migrant:innen in Aktivismus, Berichterstattung und Politikgestaltung, statt auf den Schutz der eigenen Grenzen zu pochen? Oder noch tiefliegender: In was für einer Gesellschaft wollen wir leben?

Eine klimaneutrale Gesellschaft, so sehr wir sie brauchen, die aber Menschen aufgrund deren Flucht- oder Migrationsgeschichte ausgrenzt, ist keine Gesellschaft, in der ich leben will. Denn auch mit möglichst starken Klimaschutzbestrebungen wird es Klimafolgen geben, die unvorstellbare Auswirkungen für Menschen weltweit haben werden. Hand in Hand mit Klima-

schutzbestrebungen geht es bei den Themen Klima und Flucht beziehungsweise Migration also darum, einen positiven Diskurs zu Flucht und Migration aufzubauen, sodass die Anwesenheit von Menschen mit Flucht- oder Migrationshintergrund in unserer Gesellschaft als etwas Positives dargestellt wird und eine Grundlage für mehr Schutz- und Aufnahmebereitschaft geboten wird.

Sarah Louise Nash ist Politikwissenschaftlerin an der Universität für Bodenkultur und an der Universität für Weiterbildung Krems.

